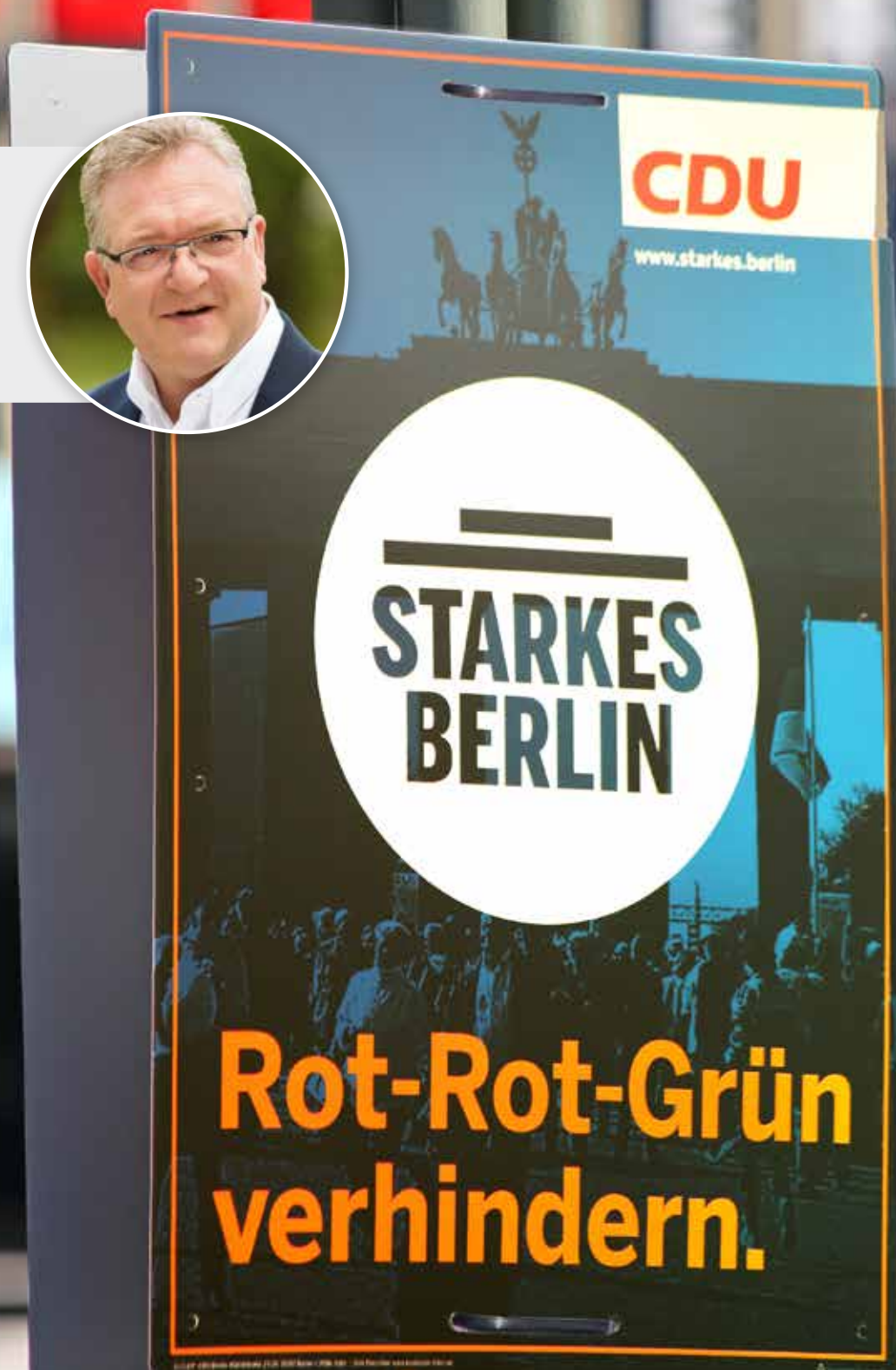


BERLINER RUNDSCHAU

Frank Henkel:
„Wer aus Protest
AfD wählt, wacht
am Ende mit Rot-
Rot-Grün auf.“



Berlin braucht stabile Verhältnisse

Wer aus Protest AfD wählt, wacht am Ende mit Rot-Rot-Grün auf. Ein starkes Berlin gibt es nur mit einer starken CDU.

Nach der Wahl am 18. September könnten dem neuen Abgeordnetenhaus sechs Parteien angehören. „Berlin drohen instabile Regierungsverhältnisse“, mahnt Frank Henkel, Landesvorsitzender und Spitzenkandidat der CDU Berlin.

Die Parteien liegen nah beieinander. Der letzte BerlinTrend sieht die CDU nur einen Prozentpunkt hinter der SPD. Ein Umstand, der den Spitzenkandidaten der Sozialdemokraten Michael Müller nervös zu machen scheint. Anders ist es nicht zu erklären, dass er ohne Not schon vor der Wahl Koalitionspläne schmiedet. Erst preschte er mit Rot-Rot-Grün vor, dann ruderte er einen Tag später wieder ein Stückchen zurück, lieber sei ihm eigentlich ein Bündnis von SPD und Grünen. „Dieses respektlose Verhalten bestätigt, was viele seit Langem beklagen: Die Berliner SPD führt sich auf, als würde ihr die Stadt gehören“, so Frank Henkel.

Die Grünen sprangen, wenn auch vorsichtig, auf den Zug auf. Ihre Zweifel an der Verlässlichkeit der SPD sind begründet. Seit 2001 ging Rot-Grün zwar als Favorit in den Berliner Wahlkampf. Aber die SPD verbannete die Grünen stets in die Opposition. Zuerst regierte sie zwei Legislaturperioden lang mit der Linken, dann ging sie eine Koalition mit der CDU ein. Und: Es gibt für Rot-Grün seit Monaten keine Mehrheiten in den Umfragen. „Koalitionsdebatten vor einer Wahl zu führen, ist daher nicht nur respektlos, sondern auch sinnlos“, unterstreicht Frank Henkel. Es



Frank Henkel: „Die Berliner SPD führt sich auf, als würde ihr die Stadt gehören.“

komme ohnehin meist anders als gedacht. „Außerdem ist es reines Wahlkampfgeplänkel, wenn Michael Müller eine Koalition mit der CDU ausschließt“, sagt der Spitzenkandidat der Berliner Christdemokraten. Denn erst unter Regierungsbeteiligung der CDU habe es eine Trendwende gegeben. Die Bilanz der rot-schwarzen Regierung kann sich tatsächlich sehen lassen. Das Wirtschaftswachstum ist höher als im Bundesdurchschnitt, die Arbeitslosigkeit befindet sich auf dem niedrigsten Stand seit der Wiedervereinigung. Es gibt deutlich mehr Personal bei der Polizei, in den Schulen und Kitas, der Wohnungsbau geht voran und trotz der notwendigen Investitionen wurden rund drei Milliarden Euro Schulden getilgt. „Zu dieser guten Bilanz sollte sich auch Michael Müller bekennen“, fordert Henkel.



„Es läuft noch nicht alles rund in unserer Stadt. Trotzdem steht Berlin deutlich besser da als vor fünf Jahren. Diese Entwicklung darf nicht durch linke Koalitionsspielerereien abgewürgt werden“, so Frank Henkel weiter. „Bei Rot-Rot-Grün droht die Abschaffung des Verfassungsschutzes. Das würde die Sicherheit in Berlin schwächen. Zudem sind die Gymnasien in Gefahr, da die linken Parteien die Einheitsschule einführen wollen“, warnt der CDU-Parteichef. Das müsse verhindert werden.

Aber Frank Henkel warnt auch davor, aus Protest AfD zu wählen. Die CDU wolle ein erfolgreiches Deutschland und ein starkes Berlin. Die AfD setze genau das aufs Spiel, indem sie Hass und Angst schüre und die Gesellschaft spalte. Die AfD handele zudem unpatriotisch, sie



habe keine Antworten und sie kapituliere zunehmend vor den Rassisten und Antisemiten in den eigenen Reihen. „Das macht deutlich: Die AfD ist keine Alternative für unser Land und Berlin. Wir zeigen daher auch klare Kante gegen den rechten Rand“, sagt Frank Henkel entschlossen. Diese Partei böte keine Lösungen, sondern nur Populismus. Sie schüre Ängste und Fremdenfeindlich-

keit. In der politischen Mitte müssten die Parteien jedoch koalitionsfähig bleiben. Schließlich sei das Maß der Dinge, was das Beste für Berlin ist, und nicht für die eigene Befindlichkeit. „Gerade in Zeiten der Ungewissheit braucht unsere Stadt stabile Verhältnisse. Ich kämpfe daher für eine starke CDU und ein starkes Berlin“, bekräftigt CDU-Spitzenkandidat Frank Henkel.



V.i.S.d.P.: CDU Landesverband Berlin, Landesgeschäftsführer Dirk Reitze, Kleiststraße 23-26, 10787 Berlin; Redaktion: Reitze, Pietsch, Schmelter, von Diest; Satz/Bild: Liefänder; Fotos: Gero Breloer, Dirk Reitze

ZITATE DER ANDEREN

- „Der Berliner Verfassungsschutz muss mittelfristig aufgelöst werden.“ Wahlprogramm (WP) der Grünen
- „Für DIE LINKE ist klar: Wir wollen den Verfassungsschutz bundesweit abschaffen.“ WP Linkspartei
- „Wir unterstützen die Einführung eines kommunalen Wahlrechts für alle mit dauerhaftem Aufenthaltsstatus und Hauptwohnsitz in Berlin lebenden Bürgerinnen und Bürger.“ SPD WP
- „Wir werden daher einen neuen Vorstoß für ein kommunales Wahlrecht für Migrantinnen und Migranten unternehmen.“ Grüne WP
- „Nicht nur Deutsche sollten in unserer Stadt das Wahlrecht haben, sondern alle Menschen, die hier leben.“ Linke WP
- „Wir lehnen eine Verlängerung [der A100] über den 16. Bauabschnitt hinaus ab“ Linke WP
- „eine Verlängerung der Stadtautobahn A 100 [...] gilt es zu verhindern!“ Grüne Wahlprogramm
- „Wir wollen [...] Videoüberwachung [...] reduzieren und auf das Nötigste beschränken.“ Linke WP
- „[Die Grünen] wollen die Videoüberwachung öffentlicher Räume nicht ausweiten.“ Grüne WP
- „Wir halten an unserem Ideal fest, eine Schule für Alle zu schaffen.“ Grüne WP
- „Gemeinschaftsschule – die Schule von der Einschulung bis zum Abitur [...] ist die Schule der Zukunft [...] jenseits von Leistungs- und Konkurrenzdruck.“ Linke WP
- „Die Straftatbestände der Vermummung und der sogenannten passiven Bewaffnung [...] lehnen wir ab.“ Linke WP
- „Thanks Bomber Harris“ schreibt sich Anne Helm, Kandidatin der Linkspartei für das Berliner Abgeordnetenhaus, auf den entblößtem Oberkörper, um Ihre Freude über die Zerstörung Dresdens im Februar 1945 auszudrücken.

Dealer integrieren? Linksautonome belohnen?

In den letzten Tagen und Wochen wurde bereits deutlich, was droht, wenn Linke und Grüne in einer Koalition mit der SPD in der Hauptstadt wieder Regierungsverantwortung übernehmen.

„Im Görlitzer Park sollen die Dealer nun offiziell integriert werden“, so kommentierte die B.Z. den Masterplan über die Zukunft des Görlitzer Parks. „Keine Gruppe im Park sollte ausschließlich als Problemverursacher gesehen werden“, steht in dem Papier mit dem Titel „Handlungskonzept Görlitzer Park“, das Grüne, Piraten und Linke in der Bezirksverordnetenversammlung in Friedrichshain-Kreuzberg beschlossen haben. Das Fazit des in monatelanger Diskussion erarbeiteten

Masterplans: Wir müssen mit den Dealern reden, sie dürfen aus dem Park nicht verdrängt werden. Vielmehr sollen sie zum Beispiel mittels Flyer und einer Infobroschüre dazu angehalten werden, sich „weniger bedrängend und aggressiv zu zeigen“.

Während die grüne Bezirksbürgermeisterin Monika Herrmann den Masterplan lobte, kritisierte die CDU den Plan scharf: „Es kann und darf keinerlei Verharmlosung und Entkriminalisierung der Dealer geben. Der beschriebene Weg, die Dealer als Teil der ‚community‘ anzusehen, widerspricht allem, was einen Rechtsstaat ausmacht“, erklärte der Fraktionsvorsitzende Florian Graf. Vielmehr gelte: Null-Toleranz bei Drogen und Drogendealern im Görlitzer Park.

In der Diskussion um das von Linksautonomen besetzte Haus in der Rigaer Straße 94 hat der SPD-Finanzsenator die landeseigene Wohnungsbaugesellschaft Degewo beauftragt, Verhandlungen mit



Polizei im Görlitzer Park

den Eigentümern des Hauses zu führen. Das Ziel: Das Land Berlin soll das Haus für die Hausbesetzer auf Steuerzahlerkosten kaufen, um den Konflikt beizulegen.

„Die Lehre, die Extremisten daraus ziehen, ist, für ihre Krawalle, Brandanschläge und Angriffe auf Polizisten mit einem Haus belohnt zu werden“, kritisierte der CDU-Generalsekretär Kai Wegner scharf. „Damit will sich die SPD Ruhe und Ordnung ergaunern. Das ist eine Bankrotterklärung des Rechtsstaates.“ Die CDU bleibt bei ihrer klaren Linie. „Es darf kein Steuergeld in linksautonome Strukturen fließen. Das Geld benötigen wir für mehr Polizei, für den Bau neuer Wohnungen und für die Schulen“, so Wegner.



Hauseingang in der Rigaer Straße



Entdecken Sie spielerisch die Positionen der CDU mit den Themenfeldern Bilanz, Forderung und „Die Anderen“. Zu gewinnen gibt es insgesamt vier VIP-Tickets für die Pyronale am 9. September.

Folgen Sie diesem QR-Code auf die Seite memory.cduberlin.de (Achtung: ohne Eingabe der Buchstaben www.)

